

AUSTRALIEN

ONLINE SAFETY AMENDMENT (SOCIAL MEDIA MINIMUM AGE) BILL 2024

PAULUS
AKADEMIE
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT

Verabschiedet: Juni 2024 **Inkrafttreten:** 2025

Worum geht es?

Australien setzt ab 2025 ein gesetzliches Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung großer sozialer Medien durch. Anbieter wie TikTok, Instagram oder Snapchat sind verpflichtet, das Alter neuer Nutzer:innen verbindlich zu verifizieren – etwa per ID-Dokument oder anerkannten Altersprüfungsverfahren. Die Maßnahme ergänzt den Online Safety Act 2021 und ist Teil umfassender staatlicher Schutzbemühungen für Minderjährige im digitalen Raum.

Kernaussagen des Gesetzes:

Verbindliches Mindestalter: 16 Jahre (zuvor 13 Jahre in Plattform-AGBs)

- Pflicht zur Altersverifikation: Anbieter müssen „angemessene, effektive Maßnahmen“ ergreifen
- Durchsetzung: Überwachung durch eSafety Commissioner, Bußgelder bei Verstößen
- Geltungsbereich: Plattformen mit „hohem Risiko für Kinder“, ausgenommen Bildungsdienste



Faktenbasierte Begründung



- Laut dem National Child Health Poll (RCH Melbourne, 2023) nutzen 57 % der 12–13-Jährigen soziale Medien täglich; 42 % berichten von negativen Auswirkungen auf Schlaf und Wohlbefinden.
- Internationale Studien (u. a. APA, 2023) verknüpfen frühe Social-Media-Nutzung mit erhöhtem Risiko für Depression, Angstzustände und geringes Selbstwertgefühl.
- Bisherige Selbstregulierung durch Plattformen (z. B. freiwillige Altersgrenzen) gelten als unzureichend in der Umsetzung.

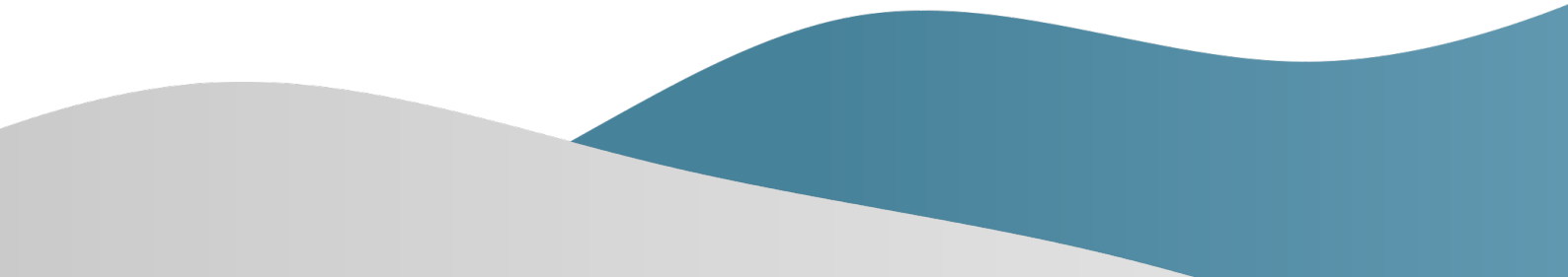
Reflexion – Schutz oder Bevormundung?

Potenzielle Vorteile:

- Verbesselter Schutz vor Online-Mobbing, Suchtmechanismen und problematischen Inhalten
- Anbieter werden erstmals gesetzlich zur Verantwortung verpflichtet
- Erhöht öffentliche Aufmerksamkeit für digitale Risiken im Jugendalter

Kritische Fragen:

- Wie wird der Datenschutz bei Altersverifikation gewahrt?
- Werden vulnerable Jugendliche (z. B. ohne ID-Zugang) ungewollt ausgeschlossen?
- Droht eine Verschiebung problematischer Nutzung in andere digitale Räume?



Verabschiedet: Oktober 2022 **Inkrafttreten:** 2024

Worum geht es?

Mit dem DSA will die EU Grundrechte im digitalen Raum stärken. Ziel ist es, Nutzer:innen – besonders Kinder – besser vor schädlichen Inhalten, gezielter Manipulation und intransparenten Geschäftsmodellen zu schützen. Zugleich soll die Verantwortung der Plattformen bei der Moderation von Inhalten klar geregelt werden.

Kernaussagen des Gesetzes:

- Schutz von Minderjährigen: Plattformen müssen ein hohes Niveau an Datenschutz, Sicherheit und Privatsphäre gewährleisten
- Verbot gezielter Werbung: Keine Profiling-basierte Werbung für Kinder oder auf Basis sensibler Merkmale (z. B. Religion, Sexualität, Herkunft)
- Schnelle Entfernung schädlicher Inhalte: Hostingdienste müssen z. B. bei nicht-einvernehmlichen Bildern zügig reagieren
- Verbot von Dark Patterns: Nutzer:innen dürfen nicht durch Interface-Design zu ungewollten Entscheidungen gedrängt werden
- Strafen: Bis zu 6 % des weltweiten Umsatzes bei Verstößen



Kritische Punkte & offene Fragen

- Jugendschutz bleibt vage: Der DSA nennt Schutz Minderjähriger, liefert aber kaum klare Vorgaben zu Altersverifikation oder schädlichen Inhalten.
- Overblocking-Risiko: Inhalte können nach Meldung gelöscht werden – auch ohne Gericht. Gefahr: Jugendliche Meinungen oder kreative Beiträge verschwinden.
- Algorithmen bleiben unberührt: Der DSA verbietet keine Systeme, die Jugendliche zum Scrollen oder Extrem-Content verleiten.
- Keine jugendspezifische Aufsicht: Die Kontrolle großer Plattformen liegt bei der EU-Kommission – ohne klare Jugendperspektive.

Philosophische & gesellschaftliche Perspektive

Potenzielle Vorteile:

- Schutzrechte für Kinder werden konkretisiert und rechtlich bindend
- Mehr Transparenz und Sicherheit für alle Nutzer:innen
- Versuch, die Macht großer Plattformen durch demokratische Regeln zu begrenzen

Herausforderungen:

- Verlagerung richterlicher Entscheidungen auf private Akteure (z. B. bei Content-Entfernung)
- Spannungsfeld zwischen Schutz und Zensurgefahr bleibt ungelöst

Inkrafttreten: Schrittweise eingeführt seit 2019 / Neue Regeln 2021–2023

Worum geht es?

China verfolgt einen besonders restriktiven Ansatz im digitalen Jugendschutz. Minderjährige unterliegen strengen Nutzungsbegrenzungen für soziale Medien und Online-Games. Plattformen müssen verpflichtend „Jugendmodi“ mit altersgerechten Inhalten, zeitlichen Begrenzungen und Identitätsnachweisen anbieten. Ziel ist der Schutz vor Internetsucht, schädlichen Inhalten und ideologischer Einflussnahme.

Kernaussagen des Gesetzes:

- Zeitliche Beschränkung: Online-Games für Minderjährige nur max. 3 Std/Woche (Fr–So je 1 Std); Vorschlag 2023: Smartphone-Nutzung für Kinder nachts verboten, tägliche Limits je nach Alter
- Jugendmodus: Plattformen (z. B. Douyin) müssen gefilterte Inhalte, Bildungsangebote und Zeitlimits im Jugendmodus bereitstellen
- Altersverifikation: Nutzer:innen-Registrierung nur mit echtem Namen/ID; Altersdaten werden staatlich überprüft
- Inhaltliche Kontrolle: Verbot und aktives Filtern „jugendgefährdender Inhalte“ (Gewalt, Sexualität, politisch abweichende Meinungen)



Faktenbasierte Begründung



- Laut Regierungsdaten (2021) zeigten Jugendliche nach Einführung der Regeln geringere Anzeichen für Internetsucht
- Behörden verweisen auf schulische Leistungseinbrüche, Kurzsichtigkeit und ideologische Beeinflussung durch übermäßige Nutzung

Interdisziplinäre Reflexion – Schutz oder Kontrolle?

Potenzielle Vorteile:

- Reduziert Übernutzung und Kontakt mit riskanten Inhalten
- Einheitliche Standards mit hoher Durchsetzungskraft
- Frühe Intervention gegen problematische Nutzungsmuster

Kritische Fragen:

- Einschränkung individueller Freiheiten und Selbstbestimmung
- Gefahr der ideologischen Steuerung durch Inhaltspolitik
- Jugendliche weichen möglicherweise auf inoffizielle, unregulierte Plattformen aus

Inkrafttreten: Gesetzliche Regelungen & Initiativen in Kraft (Stand: März 2025)

Worum geht es?

Taiwan verfolgt einen aktiven Kinderschutzkurs im digitalen Raum – mit gesetzlichen Vorgaben, Bildungsprogrammen und technischer Kooperation. Ziel ist es, Risiken wie übermäßige Bildschirmzeit, digitale Gewalt und Desinformation frühzeitig zu begegnen und Kinder sowie Eltern zu sensibilisieren.

Kernaussagen des Gesetzes:

- Bildschirmzeit-Regelung: Der Child and Youth Welfare and Protection Act erlaubt Bußgelder, wenn Eltern die Bildschirmzeit ihrer Kinder – v.a. unter 12 Jahren – nicht auf ein „angemessenes Maß“ begrenzen. In der Praxis erfolgt dies meist im Rahmen von Erziehungsberatung oder nach Hinweisen von Schulen.
- Strafverfolgung digitaler Gewalt: Seit 2023 sind Plattformen verpflichtet, Inhalte wie Deepfakes oder intime Bilder ohne Zustimmung rasch zu entfernen. Polizei und NGOs wie ECPAT Taiwan bieten Unterstützung – inklusive psychologischer Beratung.
- Förderung von Medienkompetenz: Nationale Kampagnen, Comics und Kurzfilme klären über Datenschutz, Fake News und Online-Grooming auf. Schulen und Tech-Unternehmen arbeiten zusammen, um Schutzfunktionen benutzerfreundlich zu gestalten.



Faktenbasierte Begründung



- Laut Regierungsdaten (2021) zeigten Jugendliche nach Einführung der Regeln geringere Anzeichen für Internetsucht
- Behörden verweisen auf schulische Leistungseinbrüche, Kurzsichtigkeit und ideologische Beeinflussung durch übermäßige Nutzung

Interdisziplinäre Reflexion – Schutz oder Kontrolle?

Potenzielle Vorteile:

- Reduziert Übernutzung und Kontakt mit riskanten Inhalten
- Einheitliche Standards mit hoher Durchsetzungskraft
- Frühe Intervention gegen problematische Nutzungsmuster

Kritische Fragen:

- Einschränkung individueller Freiheiten und Selbstbestimmung
- Gefahr der ideologischen Steuerung durch Inhaltspolitik
- Jugendliche weichen möglicherweise auf inoffizielle, unregulierte Plattformen aus

Verabschiedet: 2023 **Inkrafttreten:** 2024

Worum geht es?

Der Online Safety Act 2023 verpflichtet Online-Plattformen und Suchdienste, verstärkt Verantwortung für die Sicherheit ihrer Nutzer:innen zu übernehmen – besonders für Kinder. Ziel ist es, schädliche Inhalte zu reduzieren, Schutzfunktionen zu verbessern und klare Regeln für Plattformbetreiber zu schaffen.

Kernaussagen des Gesetzes:

- Kinderschutz: Plattformen müssen Kinder besser schützen als Erwachsene – insbesondere durch Datenschutz, Sicherheit und altersgerechte Voreinstellungen
- Schädliche Inhalte: Inhalte, die Kinder je nach Altersgruppe gefährden, müssen reduziert oder entfernt werden
- Elternkontrollen: Anbieter müssen Tools zur elterlichen Kontrolle und klare Informationen zur Kindersicherheit bereitstellen
- Regulierung durch OFCOM: Die Aufsichtsbehörde kann Audits durchführen und Verstöße sanktionieren
- Strafen: Bis zu 18 Mio.£ oder 10% des weltweiten Umsatzes; bei schweren Versäumnissen droht persönliche Haftung für Führungskräfte





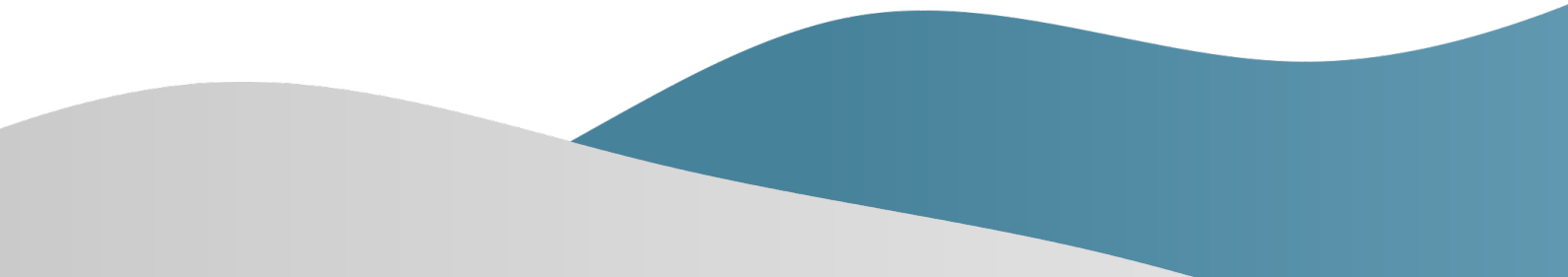
Reflexion – Schutz oder Bevormundung?

Vorteile:

- Stärkere Sicherheit und Schutzrechte für Kinder im digitalen Raum
- Mehr Transparenz und Kontrollmöglichkeiten für Eltern und Nutzer:innen

Herausforderungen:

- Globale Plattformen erschweren nationale Durchsetzung
- Abwägung zwischen Privatsphäre und Schutz bleibt sensibel



Verabschiedet: 2023 **Inkrafttreten:** 2024

Worum geht es?

Frankreich hat mit der sogenannten „majorité numérique“ eine verbindliche Altersgrenze für soziale Netzwerke eingeführt: Unter 15-Jährige dürfen sich nur mit Zustimmung der Eltern registrieren. Plattformen müssen eine Altersverifikation und elterliche Freigabe technisch umsetzen. Ergänzend dazu schreibt das Gesetz Aufklärung über digitale Risiken sowie Funktionen zur Nutzungsbegrenzung vor.

Kernaussagen des Gesetzes:

- **Elterliche Zustimmung:** Unter 15 Jahren nur mit nachgewiesener Einwilligung der Eltern
- **Altersverifikation:** Plattformen sind verpflichtet, Altersangaben zu prüfen; Verfahren werden von ARCOM und CNIL entwickelt
- **Elternrechte:** Eltern dürfen die Löschung eines Kinder-Accounts verlangen
- **Aufklärung & Zeitbegrenzung:** Warnhinweise zu Risiken, Erinnerungen an Nutzungsdauer, Tools zur Begrenzung
- **Sanktionen:** Bußgelder von bis zu 1% des weltweiten Jahresumsatzes bei Verstößen



Faktenbasierte Begründung



Laut CNIL nutzten bereits 2021 über 50 % der 10–14-Jährigen soziale Netzwerke – meist ohne Wissen der Eltern. Das Gesetz reagiert auf diese Realität sowie auf Herausforderungen durch Datenschutzverletzungen, Cybermobbing und exzessive Bildschirmzeit.

Reflexion – Schutz oder Bevormundung?

Potenzielle Vorteile:

- Stärkt elterliche Mitsprache bei der Social-Media-Nutzung
- Verbindliche Altersgrenze schließt eine regulatorische Lücke
- Kombination aus Schutzmechanismen, technischer Umsetzung und Aufklärung

Kritische Fragen:

- Ist eine zuverlässige Altersverifikation ohne Datenschutzrisiken möglich?
- Fördert die Regelung Umgehungsstrategien bei Jugendlichen?
- Wie konsequent lässt sich das Gesetz auf global agierende Plattformen anwenden?

INTERNATIONAL

SAFER INTERNET DAY &
BILDUNGSINITIATIVEN

PAULUS
AKADEMIE
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT

Seit 2004, jährlich weltweit in über 170 Ländern

Worum geht es?

Der „Safer Internet Day“ (SID) ist eine weltweite Bildungsinitiative zur Stärkung der digitalen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Cybermobbing, Datenschutz und digitale Zivilcourage. Ziel ist es, durch Bildung, Elternarbeit und Kooperation mit Plattformen eine bewusstere Nutzung digitaler Medien zu fördern.

Zentrale Maßnahmen & Best Practices:

- Workshops & Kampagnen: Jährlich organisieren Schulen, NGOs und Plattformen Aktionen zu aktuellen Online-Risiken
- Lernmaterialien & Tools: Unterrichtsmodule, Elternratgeber und Webinare für Jugendliche in mehreren Sprachen
- Partnerschaften: Beteiligung globaler Tech-Konzerne (z. B. Meta, Google, TikTok), staatlicher Stellen und zivilgesellschaftlicher Organisationen





Faktenbasierte Begründung



- Laut dem National Child Health Poll (RCH Melbourne, 2023) nutzen 57 % der 12–13-Jährigen soziale Medien täglich; 42 % berichten von negativen Auswirkungen auf Schlaf und Wohlbefinden.
- Internationale Studien (u. a. APA, 2023) verknüpfen frühe Social-Media-Nutzung mit erhöhtem Risiko für Depression, Angstzustände und geringes Selbstwertgefühl.
- Bisherige Selbstregulierung durch Plattformen (z. B. freiwillige Altersgrenzen) gelten als unzureichend in der Umsetzung.



Reflexion – Lernen statt Regulieren?

Potenzielle Vorteile:

- Weltweit flexibel anpassbar und lokal umsetzbar
- Fördert digitale Resilienz und verantwortungsvollen Umgang mit Medien
- Gemeinsames Lernen für Kinder, Eltern und Lehrkräfte

Kritische Fragen:

- Ohne rechtliche Verbindlichkeit bleibt die Wirkung abhängig vom lokalen Engagement
- Schwer messbare Erfolge, insbesondere bei vulnerablen Gruppen
- Viele Kinder außerhalb schulischer Strukturen werden nicht erreicht

JONATHAN HAIDT

KRITIK AN SOCIAL MEDIA & JUGENDWOHL

PAULUS
AKADEMIE
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT

Status: Laufende Forschung & Debatte (z. B. Buch The Anxious Generation, 2024)

Worum geht es?

Jonathan Haidt warnt, dass Smartphones und soziale Medien seit etwa 2010 tiefgreifende Auswirkungen auf die psychische Entwicklung von Jugendlichen haben – insbesondere bei Mädchen. Er beschreibt diese Veränderung als „Great Rewiring“: eine Verschiebung von realer sozialer Interaktion hin zu einer digitalen Lebenswelt, die mit höherer Anfälligkeit für Angst, Depression und sozialen Druck einhergeht. Sein Buch fordert einen kulturellen Kurswechsel mit klaren Altersgrenzen und gesellschaftlich getragenen Normen.

Zentrale Thesen & Empfehlungen:

- Psychische Gesundheit: Ein deutlicher Anstieg psychischer Störungen ab 2010 korreliert mit der Verbreitung von Instagram, Snapchat & Co. – besonders bei Teenager-Mädchen
- Soziale Medien als Stressraum: Plattformen seien keine neutralen Kommunikationsmittel, sondern Räume der ständigen Bewertung, Selbstdarstellung und Vergleichbarkeit

Empfehlungen:

1. Kein Smartphone vor 14
2. Kein Social Media vor 16
3. Mehr reale Spiel- und Begegnungsräume
4. Schulen als smartphonefreie Zonen





Reflexion – Schutz durch soziale Normen?

Stärken:

- Klare, alltagsnahe Empfehlungen – gut vermittelbar an Eltern und politische Entscheidungsträger:innen
- Fokus auf kulturelle Verantwortung statt allein auf Regulierung
- Stellt psychische Gesundheit ins Zentrum der Debatte um digitale Jugendwelten

Kritische Fragen:

- Wie stark ist der kausale Einfluss sozialer Medien im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Faktoren?
- Wie robust sind die Datenlagen und methodischen Grundlagen hinter den präsentierten Studien?

